

Milliardenausbau wird konkret

Engpässe Der Bund will mit dem nächsten Eisenbahn-Paket die Ost-West-Achse erweitern. Um die restlichen Gelder beginnt nun der Wettstreit der Regionen.

Fabian Fellmann

Für bis zu 12 Milliarden Franken will der Bund bis 2035 das Bahnnetz erweitern. Die Wunschliste der Kantone umfasst jedoch weit mehr Projekte. Gestern hat das Bundesamt für Verkehr durchblicken lassen, welche es in die Auswahl schaffen könnten. Es schlägt zwei Varianten vor: 7 Milliarden Franken bis 2030 oder 12 Milliarden bis 2035. «Der nächste Ausbauschritt ist notwendig, um Kapazitätsengpässe zu verhindern», sagte Vizedirektorin Anna-Barbara Remund gestern.

Gesetzt sind diverse Erweiterungen am Genfersee und auf der Ost-West-Achse, etwa der Brütener Tunnel zwischen Zürich und Winterthur. Als dringlich gelten Ausbauten im Güternetz. 1,5 Milliarden fliessen in die Erweiterung von Bahnhöfen und in die Privatbahnen.

Basel und Luzern im Hintertreffen

Nur mit einem grossen Paket stehen zusätzliche 5 Milliarden Franken zur Verfügung, um welche die Regionen im Wettstreit stehen. Ziemlich sicher ist, dass der Zürcher Bahnhof Stadelhofen ausgebaut würde. Die Zentralschweiz bohrt für den Zimmerberg-Basistunnel und den Durchgangsbahnhof Luzern, Basel für eine Durchmesserslinie, Bern und die Westschweiz für den Ausbau des Lötschberg-Basistunnels und eine neue Linie von Neuchâtel nach La Chaux-de-Fonds. Das schlechteste Kosten-Nutzen-Verhältnis zeigen dabei die Basler S-Bahn-Pläne und das Konzept des Luzerner Durchgangsbahnhofs, die je über 3 Milliarden Franken beanspruchen. Entscheidungen seien aber noch keine gefallen, sagte Amtsdirektor Peter Füglistaler gestern. Der Bundesrat soll im Herbst die Vernehmlassung eröffnen, das Parlament befasst sich 2019 mit der Vorlage.

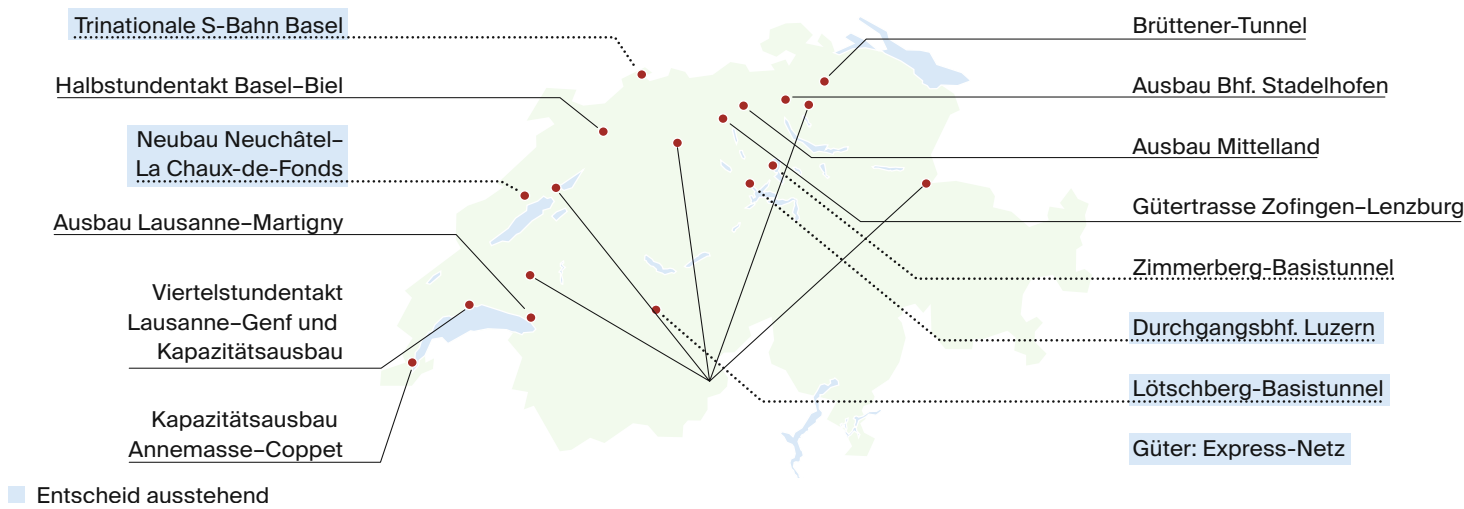
Verkehrspolitikerin Edith Graf Litscher (SP/TG) geht davon aus, dass ein 12-Milliarden-Paket beschlossen wird. Für Zürich und die Ostschweiz seien der Brütener Tunnel und Stadelhofen zentral. «Aber man darf nicht die einzelnen Projekte und Regionen



Das Verkehrswachstum hält an, nun soll die Kapazität erhöht werden.

Bild: Thomas Hodel/KEY (Bern, 24. August 2016)

Der nächste Ausbauschritt



Quelle: BAV/Grafik: fra

gegeneinander ausspielen», sagt die Nationalrätin. «Wichtig ist, dass wir mit dem Ausbau das Gesamtnetz stärken.» Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller sagt: «Im 12-Milliarden-Paket ist

für alle Regionen etwas drin, es werden zahlreiche Knöpfe gleichzeitig gelöst.» Ähnlich tönt es aus den Kantonen: Die Westschweizer Verkehrsdirektoren warnen, der Bund dürfe nicht nur im

Raum Zürich investieren. Das bedinge 12 bis 13 Milliarden Franken. Für die Projekte, die auf der Warteliste bleiben, will der Bund ein Türchen für Vorfinanzierungen öffnen. Darauf hofft der Lu-

zerner FDP-Ständerat Damian Müller: «Ich erwarte, dass der Bund klare Regeln schafft, damit wir die Vorfinanzierung für den Durchgangsbahnhof im Kanton aufgleisen können.»

Kunterbund Devote Jünger und Eier nach Ogi

Nationalrat und SVP-Asylchef **Andreas Glarner** fühlt sich von der Aargauer Zeitung (AZ) schlecht behandelt. Auf Facebook verbreitete er einen Leser-



kommentar: «Glarner könnte Wasser in Wein verwandeln und die AZ und Gegner würden noch den Jahrgang kritisieren.» Zumindest kann sich der Herr der Schöpfung Oberwil-Lieli nicht über einen Mangel an devoten Jüngern beklagen. (ffe)

«Wer ist das?», fragte **Christoph Blocher** im Streitgespräch mit **Flavia Kleiner**, als diese sagte, ihre Organisation Operation Libero finanziere sich über «Crowdfunding». Die Wissenslücke verwundert nicht, sorgt doch der SVP-Chefstrategie höchstselbst dafür, dass sich seine Partei nicht mit innovativen Finanzierungsmodellen befassen muss. (bär)

Jürg Stahl, Nationalratspräsident (SVP), geriet letztes Jahr in die Schlagzeilen, nachdem er Schweizer Brennereien um Gratis-Schnaps bat. Diese Woche erhielt der Zürcher nun am Bierfest «ad gloriam cerevisiae» den goldenen Bierorden des Brauerei-Verbandes verliehen. Fehlt nur noch, dass Stahl die nächste Sitzung des Nationalratsbüros in einen Walliser Weinkeller verlegt. (tga)

Energiesparen sei nichts Neues, sagte Bundespräsidentin **Doris Leuthard** in Sursee an einer Veranstaltung zur Energiestrategie 2050. Schon ihr Vorgänger **Adolf Ogi** habe am Fernsehen gezeigt, wie Spiegeleier haushälterisch zu braten seien. In Wahrheit bereitete dieser 1988 jedoch gekochte Eier zu. Auf bundesrätliche Spiegeleiertipps hingegen wartet die Schweiz bisher vergeblich. (ffe)

Befürworter haben die Nase vorn

Abstimmung Die Befürworter der Energiestrategie 2050 haben gemäss einer Onlineumfrage weiterhin die Nase vorn. 55 Prozent würden Ja oder eher Ja stimmen, abgelehnt würde die Vorlage, über die am 21. Mai abgestimmt wird, von 42 Prozent. 3 Prozent haben sich noch nicht festgelegt. Die Umfrage bestätigt damit jene vor zwei Wochen: Damals hatten sich 56 Prozent für das Energiegesetz ausgesprochen und 42 Prozent waren dagegen. In einer SRG-Umfrage waren 61 Prozent dafür und nur 30 Prozent dagegen. Hauptargument der Befürworter ist, dass die Zukunft erneuerbaren Energien gehört und das Klima geschont werden soll. Gegner befürchten, dass das neue Gesetz die bewährte und sichere Energieversorgung der Schweiz zerstöre. (sda)

Ettlin dringt in der CVP nicht durch

Abfuhr Der Obwaldner CVP-Ständerat Erich Ettlin hat auf der grossen Politbühne einen Traumstart hingelegt. Gar das Bundesratsamt wird ihm zugetraut. Doch nun muss er eine Niederlage einstecken.

Erich Ettlin benötigte keine lange Angewöhnungszeit. Bereits in seiner ersten Sessionswoche als neu gewählter Obwaldner Ständerat machte er sich daran, einen Gegenentwurf zur Bankgeheimnis-Initiative von SVP-Nationalrat Thomas Matter auf den Weg zu bringen. Die forsche Gangart, kombiniert mit einem konsensorientierten Politikstil, brachte dem 54-jährigen schnell viel Lob ein. Ettlin sei ein «Senkrechstarter», ja gar ein Kandidat für einen Sitz im Bundesrat, hiess es in den Medien.

Nun hat der Obwaldner seine erste schmerzhaft Niederlage erlitten. Die Wirtschaftskommission (WAK) des Ständerats hat

seinem Gegenvorschlag, der im Dezember im Nationalrat deutlich angenommen worden war, Anfang Woche mit sieben zu sechs Stimmen knapp die Gefolgschaft verweigert.

Eigene Partei lässt ihn im Regen stehen

Unter den Gegnern: die CVP-Ständeräte Konrad Graber, Isidor Baumann und Pirmin Bischof. Der einzige CVP-Vertreter, der sich in der WAK für den Gegenentwurf aussprach, war Ettlin selber – er ersetzte den abwesenden Parteikollegen Stefan Engler.

Die Volksinitiative will den Steuerbehörden das Einholen von Informationen über Perso-

nen mit Wohnsitz in der Schweiz erschweren. Unter anderem müsste ein Gericht bestätigen, dass ein Verdacht auf Steuerbetrug vorliegt. Der Gegenvorschlag hingegen will einzig die heute geltende Regelung, unter welchen Bedingungen Banken Steuerdaten an die Behörden weitergeben dürfen, in die Verfassung schreiben.

«Der Gegenentwurf liefert keinen Mehrwert», sagt der Luzerner Konrad Graber. Vielmehr gefährde der Vorschlag das steuerliche Bankgeheimnis im Inland, das die Initiative eigentlich schützen will. «Wird die Initiative oder der Gegenvorschlag abgelehnt, kann man das als

Volksauftrag zur Aufweichung oder Abschaffung des Bankgeheimnisses im Inland interpretieren», so Graber

Ettlin: Schutz gegen Lockerung des Bankgeheimnisses

Erich Ettlin hingegen attestiert der Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre», die in seinen Augen zu weit geht, durchaus Chancen vor dem Stimmvolk. Ziel müsse es deshalb sein, die Initianten zum Rückzug zu bewegen. Dazu seien diese aber nur bereit, wenn der Gegenvorschlag das geltende Recht in der Verfassung verankere – «auch wenn wir damit keinen Schönheitspreis gewinnen». Die Zementierung des

geltenden Steuerrechts auf Verfassungsebene schütze zudem vor allfälligen Plänen des Bundesrates oder des Parlaments, das Bankkundengeheimnis zu lockern, sagt Ettlin.

Ob der Gegenvorschlag im Ständeratsplenum eine Mehrheit findet, hängt vom Stimmverhalten der CVP-Mitglieder ab. Nach dem Kommissionsentscheid ist dies aber höchst ungewiss. Die Kleine Kammer beschäftigt sich voraussichtlich in der Sommersession mit dem Geschäft. Erich Ettlin hat noch ein paar Wochen, um seine Parteikollegen von einem Ja zu überzeugen.

Tobias Bär